

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69.

Freitag, den 22. März 1918.

25. Jahrg.

## Ist der Staatsbetrieb rentabel?

Von Otto Sue.

Unsere zukünftige Volkswirtschaft wird unter dem Zeichen einer systematischen, fortschreitenden Einschränkung der auf privaten Profit hinzielenden Unternehmung stehen müssen, wenn wir nicht völlig unter die Diktatur von kapitalistischen Monopolen in der Gütererzeugung und -Verteilung geraten wollen und die schwersten finanziellen Nachwehen des unheilvollen Krieges nicht auf die Schultern der wirtschaftlich Schwächsten fallen sollen. Dieser notwendigen Umstellung arbeiten die privatkapitalistischen Interessenten aller Grade mit züher Beharrlichkeit und aller ihrer Macht entgegen. Sie wissen, „es geht um die Wurst“. Daher ist ihnen jedes Mittel gerade recht, wenn es nur geeignet erscheint, das gemeinwirtschaftliche System zu mißkreditieren. Auf dieses Blatt gehört die Herabsetzung des sogenannten „Kriegsspezialismus“, wiewohl seine heftigsten Kritiker sehr gut wissen, daß in den kriegswirtschaftlichen Anstalten alles andere eher als ein demokratisch-sozialistischer Geist waltet. Die sachkundigen „Beiräte“ der allermeisten Kriegswirtschaftsämter sind ja nur antisozialistisch geknünte Vertreter privatkapitalistischer Unternehmergruppen.

Zu den Kampfmitteln gegen die Gemeinwirtschaft gehört auch die Bezeichnung des Staatsbetriebes als schlecht hin unrentabel. Bei der letzten Beratung des preussisch-fiskalischen Bergwerks-, Hütten- und Salinenetats im Landtage haben sich die Konservativen, entgegen ihrer früheren Haltung, dem privatindustriellen Verdikt über den Staatsbetrieb angeschlossen. Da hierfür in den tatsächlichen Betriebsergebnissen der fiskalischen Unternehmungen nicht mehr Anlaß vorlag wie einige Jahre vor dem Kriege, so muß der agrar-konservative Frontwechsel auf den parteipolitischen Einfluß der zwischen den Großagrarern und den industriellen Zentralverbänden abgeschlossenen Interessengemeinschaft zurückgeführt werden, dessen nächstes innerpolitisches Ziel die Vereinfachung der preussischen Wahlrechtsreform ist.

Betrachtet man sich nämlich die finanziellen Ergebnisse der preussisch-fiskalischen Montanwerke genauer, dann findet die Behauptung, sie seien unrentabel oder doch ertragslos geworden, im allgemeinen keine Stütze. Unter den 60 Gruben, Hütten, Salzwerken, Salinen, Bräuden usw., die der preussische Fiskus betreibt, befinden sich solche mit hoher Rentabilität, andere erforderlichen Zubußen. Die letzteren aber — und das bestätigt die sozialdemokratische Kritik an der staatlichen Betriebswirtschaft der letzten 15 Jahre durchaus — sind gerade mit ausdrücklicher Genehmigung namentlich der konservativ-nationalliberalen Landtagsmehrheit zu außerordentlich hohen Preisen von privaten Vorbesitzern angekauft und dabei stark überkapitalisiert worden. Die fiskalische Bergwerksschuld belief sich am 1. April 1916 auf rund 196,18 Millionen Mark. Davon lasten aber allein auf den angekauften Anlagen: (bezw. Felder) Wiedenburg, Bernsteinwerke und Reddinghausen 175,55 Millionen Mark, während auf die Anlagen in Oberschlesien, im Harz usw. und im Saargebiet nur 16,54 Millionen Mark Schulden entfielen. Letzgenannte Unternehmungen rentieren sich gut, zum Teil sogar sehr hoch (auch die nicht von privaten Vorbesitzern gekauften Kalialzwerke Staßfurt-Weißenhagen). Dagegen erfordert die starke Verschuldung der erstgenannten Anlagen derart hohe Verzinsungs- und Tilgungssummen, daß der bilanzmäßige Reingewinn des Gesamtbetriebes dadurch außerordentlich herabgedrückt wird. Statt auf den sonst, namentlich wenn es sich um „kleine Leute“ handelt, begangenen Wege der gefühligen Entgegnung gegen Zahlung einer mäßigen Abfindungssumme vorzugehen, hat die fiskalische Verwaltung den privaten Vorbesitzern der nun überschuldeten Werke ungeheure Millionensummen zugetan, und die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes hat sie trotz lebhaften Protestes der Sozialdemokraten bewilligt. Wer eine solche Verschwendung mit Staatsgeldern genehmigt, hat natürlich dafür die Verantwortung zu tragen. Mit dem Staatsbetrieb an sich hat aber die auf diese Weise herbeigeführte Überkapitalisierung und Rentabilitätsminderung nichts zu tun.

Als vorjährig der Landtag den Ankauf der noch ausstehenden Hiberniakien (bis auf einen kleinen Rest) genehmigte, ist sozialdemokratischerseits gegen diese Aktion wegen ihrer außerordentlichen Kostspieligkeit entschieden Einspruch erhoben worden. Wir sagten, daß infolge der ungeheuren Kaufsumme der Staat nur die Verwaltung der „Hibernia“ übernehme, der Löwenanteil des Betriebsertrages werde nun in Form von Schuldzinsen nach wie vor den Privatkapitalisten zufließen. So ist es denn auch gekommen. Der Etat für 1918 sieht aus der „Hibernia“ rund 7,52 Millionen Mark Einnahmeanteil vor; dem stehen aber 6,24 Millionen Mark Schuldzinsen und 1,88 Millionen Mark fiskalische Schuldentilgung als Ausgabe gegenüber! Sieht man von der Schuldentilgung ab, so erzielt der Fiskus aus dem ganzen Hiberniengeschäft laut Etat die im Anbetracht des riesigen Objektes nur sehr winzige Summe von 1,28 Millionen Mark. Wenn man solche Geschäfte macht, kann man es leicht zur Zubehörswirtschaft bringen, aus welcher der Privatkapitalismus finanziellen und moralischen Nutzen zieht. Die ebenfalls sehr teuer vom Fiskus angekauften Kohlenzeche Gladbach in Westfalen

und die übrigen fiskalischen Zechen in Nordwestfalen haben 1916 ein Riesendefizit von 7,18 Millionen Mark gemacht, das sich 5,99 Millionen Mark mehr Defizit als im letzten Friedensjahre. Ueber die Ursachen dieses gewaltigen Defizits ist die Verwaltung eine auch nur halbwegs ausreichende Aufklärung schuldig geblieben, denn was der fiskalische Vertreter hierzu erklärte, hatte weder Grund noch Recht.

Und trotz jener Ueberschuldung, trotz des hohen Defizits einiger Anlagen hat auch das Kriegsjahr 1916 (von welchem der letzte Betriebsbericht vorliegt), ein gutes Betriebsergebnis geliefert. Man muß zur Gewinnung dieses Urteils allerdings anders verfahren als die Gegner des Staatsbetriebes es liebten. Nicht nur der schließlich übrig bleibende Reingewinn ist Betriebsvertrags, sondern es müssen alle Aufwendungen aus dem tatsächlichen Ueberschuß in Rechnung gestellt werden. Geschieht das, dann kommen wir, unter Anrechnung der Abschreibungen, außerplanmäßigen Extraausgaben (Unterstützung an Kriegerfamilien, Lebensmittelbeschaffung usw.), der Schuldzinsen und Tilgungssummen für 1916 auf einen Bruttoüberschuß von 97,42 Millionen Mark, gleich rund 19 Prozent des Anlage- und Betriebskapitals. In dem auch von bürgerlicher Seite als „sehr erfreulich“ anerkannten Jahre 1913 belief sich der so berechnete Bruttoüberschuß auf 83,77 Millionen Mark, gleich rund 18 Proz. des Kapitals! Also hat das angeblich „schlechte“ Jahr 1916 noch einen höheren Betriebsertrag gebracht als das beste Friedensjahr. Daß 1916 über 20,15 Millionen Mark vom Rohüberschuß zu wegen des Krieges notwendig gewordenen Extraausgaben verward worden sind, hat wieder mit der Rentabilität des Staatsbetriebes als solchen nichts zu tun. Bei den Privatwerken finden wir ja das gleiche. Auch die enorm steigenden öffentlichen Betriebsausgaben sind Kriegsjahresfolge, wiewohl keine „Eigentümlichkeit“ des Staatsbetriebes. Gegen wir speziell die von den fiskalischen Steinkohlenwerken erzielten ordentlichen Betriebsergebnisse auf die Förderung um, so ergibt sich, daß 1916 pro Tonne etwa 2,05 Mark Rohüberschuß erzielt wurde, gegen 2,01 Mark in dem bis dahin besten Betriebsjahr 1913! Wühin war 1916 der Rohvertrags pro Tonne trotz enorm erhöhter öffentlicher Betriebsausgaben ein höherer und nur durch die starken außerordentlichen Extraausgaben, infolge der kriegswirtschaftlichen Feuerung, kam ein geringerer Reingewinn heraus. Er betrug 7,6 Proz. vom Anlage- und Betriebskapital, gegen 11,8 Proz. in 1913, aber gegen nur 5,9 Proz. in 1911. Demnach ist es auch nicht richtig, daß der Staatsbetrieb eine „flüchtig fliehende Rente“ gibt. Derselben Zeitverhältnisse, die im ganzen den Reingewinn der fiskalischen Anlagen herabdrückten, trieben den Ueberschuß der fiskalischen Eisen- und Metallhütten gewaltig in die Höhe! Sie erbrachten 1916 einen bilanzmäßigen Reingewinn von 9,34 Millionen Mark, gegen nur 4,01 im Jahre 1913. Die Oberharzer Berg- und Hüttenwerke schlossen 1916 mit dem kolossalen Reingewinn von rund 37 Proz. vom Anlage- und Betriebskapital ab, während 1913 die Rente „nur“ 15 Proz. betrug. Dieses glänzende Ergebnis beweist auch, daß der Staatsbetrieb in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie durchaus rentabel ist, was zu widerlegen die Anwälte der Privatindustrie in der Nacht vor der Bedrohung ihrer jetzigen Herrschaft über diese Gewerbe, sich alle Mühe geben.

Wir kommen also nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage zu dem Schluß, daß der Staatsbetrieb zumal in der „Schwerindustrie“ durchaus nicht unrentabel ist, auch keineswegs „flüchtig fliehende Renten“ anweist. Das ist nicht einmal der Fall trotz enormer Ueberschuldung einiger Werke infolge zu hoher Ankaufssummen und auch nicht trotz betriebswirtschaftlicher Vorgänge, die gewaltige Defizits herbeigeführt haben. Wird der Staatsbetrieb nicht als ein „Nebel“, sondern von einer der Gemeinwirtschaft entschieden freundlich gesinnten Volksvertretung kontrolliert und gefördert, dann wird sein Ertrag sich noch wesentlich erhöhen.

## Der Gewaltakt gegen Holland.

Ohne näher auf die Bedingungen Hollands einzugehen, ohne das Land überhaupt einer Antwort zu würdigen, haben die Vereinigten Staaten die in den dortigen Häfen liegenden holländischen Schiffe beschlagnahmt, wie aus folgender, von Reuter bestätigter Meldung der „Central News“ hervorgeht:

Am Mittwochabend befaßl Marineekretär Daniels gemäß der Proklamation des Präsidenten Wilson den Schiffsfahrtsbehörden in sämtlichen amerikanischen Häfen, die dort liegenden niederländischen Schiffe zu beschlagnahmen. Wilson sprach den Wunsch aus, daß die Interessen Hollands und der holländischen Untertanen in jeder Richtung berücksichtigt werden sollen. Wilson erklärte, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie in dieser Krise von dem Recht, über das im amerikanischen Gebiet befindliche Eigentum Kontrolle auszuüben, Gebrauch machen, gegenüber Holland nicht unrecht handeln und daß die Art, wie von diesem Rechte Gebrauch gemacht werde, ein Beweis dafür sei, wie ernst die Freundschaft,

die die Vereinigten Staaten für Holland hegten, aufgeführt werde.

Also aus purer Freundschaft für Holland raubt man dem Lande die Schiffe. Und England wird natürlich auch aus reiner Liebe zu Holland morgen ebenso verfahren, wie folgende Meldung aus London zeigt:

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe in den englischen Häfen erfolgt am 23. März früh durch königliche Order. Pariser Blätter melden aus London über den Inhalt des Ultimatums an Holland, daß im Interesse einer weitgehenden Ausnutzung des verfügbaren Schiffsraums für die Alliierten die Schiffs Transporte zwischen Holland und seinen Kolonien der Kontrolle der Alliierten unterstellt werden.

Dieser Gewaltakt steht dem i. St. gegenüber Griechenland verübt bald in keiner Weise mehr nach. Wirklich eine schöne Illustration zu dem Entente-Kriegsziel von der „Befreiung der kleinen Nationen“!

Nach einer Amsterdamer Meldung hat Holland ein Ausfuhrverbot erlassen. Seit Mittwoch mittag besteht ein Ausfuhrverbot für holländische Binnenschiffe nach Deutschland und Belgien. Die deutsche Regierung gestattet holländischen, in deutschen und belgischen Häfen liegenden Binnenschiffen nicht, nach Holland abzufahren. Im übrigen veranlaßt, daß die deutsche Regierung der holländischen gegenüber sich sehr entgegenkommend verhalte und den ausfahrenden Schiffen unter gewissen Bedingungen freies Geleit bewillige. Binnen kurzem sollen 15.000 T. in holländischen Häfen liegende Schiffe ausfahren. Demgemäß muß auch der in nideuropäischen Häfen liegende holländische Schiffsraum in Fahrt gebracht werden.

Durch das Vorgehen der Entente gegen Holland ist auch die Schweiz arg in Mitleidenschaft gezogen. Mit Recht bemerkt der Berner „Bund“: „Das wirtschaftliche Ultimatum an Holland bedeutet für die Schweiz, die ja schon bisher mit den größten Zufuhrschwierigkeiten zu kämpfen hatte, eine Maßnahme, die vor allem unsere Getreideversorgung vollends aufs schwerste gefährden könnte: das Geißt Hungersnot ist uns damit wieder um einen Schritt näher getreten.“ Das Blatt weist darauf hin, daß Amerika der Schweiz versprochen, ihr 240.000 Tonnen Brotgetreide innerhalb 10 Monaten zu liefern mit eigenen oder zur Verfügung gestellten Mitteln; von diesen zur Verfügung gestellten Transporthelfern hätten nur 50.000 Tonnen holländischen Frachtraums als Kontingentslieferung den dringenden Bedarf decken sollen. Dieser garantierte Frachtraum bestand also nach unsern Erwartungen in der Hauptsache aus den in amerikanischen Häfen liegenden holländischen Schiffen; gerade diese kamen für unsere Zufuhren vor allem in Betracht, und die Regierung der Vereinigten Staaten hat gerade lechthin wiederum bestimmte Erklärungen über ihre Bestrebungen, unsere Versorgung weitmöglichst zu fördern, abgegeben. So daß wir glaubten, wir einer gewissen Zusage der kommenden Monaten entgegengehen zu dürfen. Heute sind wir durch die neuen Maßnahmen in eine Lage zurückgedrängt, die zwar in sich nicht hoffnungslos zu nennen ist, von der wir aber nicht erwarten können, daß die transatlantischen Zufuhren uns in der relativ von den kriegsrischen Maßnahmen ungetroffenen Weise erhalten bleiben.“ Weiter weist das Blatt darauf hin, daß unter allen Umständen die Zufuhren für die Schweiz durch kriegsrische Operationen gefährdet sind. Es macht dann den Vorschlag, die in den Ententehäfen liegenden deutschen und österreichischen internierten Schiffe für die Versorgung der Neutralen zu verwenden, wobei es allerdings verweigert, daß diese Schiffe wohl zum größten Teil bereits in den Dienst der Entente gestellt sein dürften. Das Blatt schließt: „Für die kleinen neutralen Nationen ist das Recht zu leben längst zum Zerbrochen geworden. Für den kühlen Republikaner mag es ja bitter sein, gesehen zu müssen, daß er letzten Endes eben von dem guten Willen der Mächtigen und von dem, was die kriegführenden Großmächte nach gerade für ihn übrig haben, lebt.“

Es ist so: Die neutralen Staaten leiden heute unter dem Kriege genau so sehr wie die kriegführenden Staaten selber! Deshalb sehnen auch sie eine Beendigung dieses Völkermordes herbei!

## Die schwedische Regierungspolitik.

Der schwedische Ministerpräsident Eden hielt Mittwoch in Panköping eine große Rede, in der er erklärte, die letzte Zeit sei die ernsthafteste und schwierigste seit Beginn des Weltkrieges. Durch die völlige Umwandlung der Lage in der Ostsee sei es für Schweden vor neue außenpolitische Probleme von größter Bedeutung gestellt. Gleichzeitig nahmen die Schwierigkeiten im Innern des Landes infolge der Verminderung der Lebensvorräte zu. Um die Schwierigkeiten zu überwinden, machte die Regierung folgendes Programm zur vollen Sache: Unerlöschliche Neutralitätspolitik und damit übereinstimmende Handelspolitik, gemeinschaftliche Bestrebungen der Regierung und des Volkes, die schwedische Produktion auf das kommende Produktionsjahr zu entwickeln und die klare demokratische Politik in die Tat umzusetzen.



Der Ministerpräsident ging dann zu Finnland über und verteidigte sich gegen den Vorwurf der Opposition, als hätte die Regierung durch ihre Haltung Finnland in die Arme Deutschlands geworfen, und erklärte, daß die finnische Regierung Waffen und Munition aus den schwedischen Staatsvorräten und später mehrmals durch den finnischen Gesandten in Stockholm bewaffnete Intervention und Bürgerkrieg verlangt hätte. Schweden mußte bei dem verweigern, wenn es nicht in den Krieg hineingezogen werden sollte. Das Verlangen nach Intervention wurde gleichzeitig an Deutschland gerichtet. Das von Finnland selbst gewünschte Deutschland würde sich nicht zur Seite drängen lassen. Die deutsche Politik hätte sich nicht als geneigt erwiesen, die große Interessensphäre, die sich ihr von selbst eröffnete, aus den Händen zu lassen. Dieselbe Politik hätte dagegen auch Schweden in die Hände zu nehmen gewußt, wenn es sich in das gefährliche Spiel gestürzt hätte. Es wäre unmöglich gewesen, den Einfluß Finnlands auf Deutschland zu hindern; aber es liege aller Anlaß vor, sich vor einer Intervention in den finnischen Krieg zu hüten, die Schweden nicht nur in den Krieg, sondern auch in die Abhängigkeit hätte führen können. Betreffend die Alandsfrage erklärte der Minister, daß die vorhergehende Regierung Rußland ersucht hätte, in Verhandlungen über die Schließung der Befestigungen und die Schaffung von Garantien gegen solche einzutreten. Aber es wäre ihnen nicht gelungen, die Verhandlungen zustande zu bringen. Während der Friedensverhandlungen in Breit-Stowik trat die Regierung unmittelbare Maßnahmen, um wenigstens eine vorläufige Lösung der Frage zustande zu bringen, wobei sie wie immer früher Schließung der Befestigungen und stärkere Garantien gegen die militärische Verwendung der Inseln vor dem Anschluß an das Traktat von 1836 verlangte. Erst nach der großen Petition der Alandsbevölkerung, die die Vereinigung der Inselgruppe mit Schweden verlangte, konnte die Regierung diese Seite der Frage aufnehmen. Ihre Haltung sei in der Antwort des Königs an die Alandsbevölkerung ausgedrückt. Nach dieser Grundlage beabsichtige die Regierung zu handeln und benachrichtigte die finnische Regierung und andere Beteiligte davon. Der Ministerpräsident ging dann auf die Handelspolitik über, erwähnte die Verhandlungen mit England und seinen Ministern und hob hervor, daß gleichzeitig die Beziehungen, die gleich notwendigen Verbindungen mit den Mittelmächten zu entwickeln, mit aller Kraft geführt wurden, was auch sehr gut gelungen sei. Er wandte sich gegen die Behauptungen der Opposition, daß die Verhandlungen mit den Westmächten unneutral seien, und erklärte, daß nie davon die Rede sein könne, die Erzeinfuhr nach Deutschland einzustellen, daß es aber Schwedens volles Recht sei, auch etwas von seinem Erz nach dem Westen zu schicken. Es ist für uns von größter Wichtigkeit, fuhr der Minister fort, gute freundschaftliche Verbindungen mit beiden Mächtegruppen aufrechtzuerhalten. Ueber das abzuschließende Abkommen mit England erklärte der Ministerpräsident: Es handelte sich hier um Waren in einer Menge von ungefahr einer Million Tonnen; andererseits ist der Preis für die Schiffsraum-Überlassung auch hoch. Wir müssen die Überlassung weitestmöglich beschränken, um vor allem uns hinreichenden Schiffsraum für die eigene Ausfuhr und Einfuhr zu sichern. Zusammenfassend schloß der Ministerpräsident: Die gewaltige Nachverschiebung an der Ostsee konnten wir nicht abwenden. Wir müssen uns danach einrichten. Wir wünschen und werden ernst danach streben, das bestmögliche Verhältnis zu der Macht, die dieses Meer jetzt beherrscht, nämlich Deutschland, aufrechtzuerhalten. Aber wir müssen und werden dies unter der Aufrechterhaltung unserer Selbständigkeit tun. Der enge Anschluß zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark, der durch die Kriegsjahre geschaffen ist, erhält in dieser neuen Lage eine größere Bedeutung denn je. Wir werden einem Anschluß, der auch zwischen Finnland und den älteren skandinavischen Reichen möglich ist, nachstreben und die Möglichkeiten, die durch die betreffenden neuen Staatsbildungen, Polen, Litauen, Estland und Livland hervortreten können, dürfen nicht verkannt werden. Schweden kann sich doch nicht nur auf sein Ostseeinteresse beschränken, es war nie notwendiger, die Wege auch gen Westen offen zu halten. Nur wenn das geschieht, können wir und unsere Nachbarn gemeinschaftlich eine freie unabhängige Stellung des skandinavischen Nordens behaupten.

Aus dieser Rede, die natürlich sehr vorsichtig abgefaßt sein mußte, geht hervor, daß Schweden die jetzige Gestaltung der Dinge in der Ostsee nicht fremd begrüßt, sondern in derselben eine gewisse Gefahr für seine Selbständigkeit erblickt. Ohne heute näher auf die Sache einzugehen, sei nur gesagt, daß Deutschland sich durch seine Politik im Osten keine neuen Freunde in der Welt erwerben hat.

## Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

WIS. Berlin, 21. März, abends. (Amtlich.) In Belgien und Frankreich-Glandern, nördlich von Reims, in der Champagne, vor Verdun und in Lothringen verpackten sich die Artillerielämpfe. Zwischen Cambray und La Fere sind wir in Teile der englischen Stellungen eingedrungen.

Sowohl aus diesem, als auch aus dem gestrigen Heeresbericht ist ersichtlich, daß wir am Anfang der gewaltigen Entschendungskämpfe im Westen stehen. Das entsetzliche Morden hat begonnen und Menschenblut in Strömen wird wieder die jungfräuliche Erde tränken. In das trübste Gewitter der Vögel mischt sich das juchende Dröhnen der Kanonen, in das Werden der Natur die ruckartige Zerschmetterung jungen, blühenden Menschenlebens. Das Grauen packt uns ob dieses Wahnsinns!

Nach Meldungen der Presse beträgt die Stärke der Alliierten an der Westfront 180 bis 170 Divisionen, während die Mandarierarmee 20 bis 30 Divisionen umfaßt. In der deutschen Westfront ist die Heeresgruppe Gallwitz zwischen den Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht eingeschlossen worden. Im Gefolge der Fronten wurden beiderseits wichtige Vorräte durchgegriffen und tiefgreifende Vorbereitungen hinter der Front getroffen.

Wien, 21. März. (Amtlich.) Österreich-ungarische Artillerie hat auf dem westlichen Kriegsschauplatz in den Kampf gegen Japanen und Engländer eingegriffen.

In Venetien lebte die Geschäftstätigkeit mehrfach be-  
trächtlich auf.

## Der Frieden mit Rußland.

Der Hauptausfluß des Reichstages genehmigte gestern den Friedensvertrag mit Rußland und lehnte einen Antrag, die Alandsinseln zu räumen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Finnlands zu mischen, weder durch Truppenbewegungen, noch durch Waffenlieferungen, mit zwölf gegen zehn Stimmen ab. — Der anschließende Bericht über diese Verhandlungen kann Raumangels halber erst morgen gebracht werden.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Im Auftrage des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten überreichte gestern im Auswärtigen Amt Petzold, Vorsitzender des Komitees für auswärtige Angelegenheiten im Soviet die schriftliche Mitteilung darüber, daß der Friedensvertrag von Breit-Stowik am 16. März von der außerordentlichen allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Kosakenangeordneten in Moskau ratifiziert worden ist.

## Der ukrainische Friedensvertrag

am 17. März die Zustimmung der kleinen Kaba in Kiew. Mit großer Mehrheit wurde er genehmigt.

## Anschluß des Don-Gebiets an die Ukraine.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Nach einem Bericht des „Izwestnik“ aus Odessa hat das Kohlengebiet des Don den völligen Anschluß an die Ukraine proklamiert.

## Gegen die Abtrennung der Alandsinseln

von Finnland wendet sich der finnische Senat. Er warnt die Aländer, irgendwelche gegen den unversehrten Bestand Finnlands gerichtete Handlungen zu unternehmen, die auf keinen Fall zugelassen werden könnten.

## Japans Einmarsch in Sibirien.

Vor einigen Tagen ging eine Nachricht durch die Presse, daß Maximalisten nach einem Sieg über die Antimaximalisten bei Blagowestjensk 150 Japaner massakrierten. Wir halten die Nachricht in dieser Form für eine Fälschung. Das ändert aber nichts daran, daß die Japaner diese von ihnen vielleicht selbst erdachte Gelegenheit benutzten, um in Sibirien vorzugehen. Jetzt haben sie nach einer „Tamps“-Meldung an den Khabarovsk bei Blagowestjensk die japanische Flagge gehißt. Der erste Schritt ist also getan, weitere werden folgen.

Aus Tokio wird gemeldet, daß bei Blagowestjensk neue Kämpfe im Gange sind. Die der Bolschewisten gegenüberstehenden Streitkräfte wurden gezwungen, sich zurückzuziehen. Die japanische Kolonie mußte die Stadt in aller Eile verlassen.

## Deutscher Torpedo-Angriff auf die französische Nordküste.

WIS. Berlin, 21. März. (Amtlich.) Torpedostreitkräfte in Glandern nahmen am 21. März, früh, in drei Gruppen die Festung Dunkirk, sowie militärische Anlagen bei Bray Dunes und La Panne nachhaltig unter Feuer. Die Aufschläge lagen überall gut. In einem umfangreichen Barackenlager bei La Panne, das mit 300 Schuß belegt wurde, brachen zwei große Brände aus. Die Küstenbatterien erwiderten das Feuer heftig, aber ergebnislos. Auf dem Rückmarsch kam es zu einem Feuergefecht mit einigen feindlichen Zerstörern, die sich jedoch zurückzogen, nachdem sie mehrere Treffer erhalten hatten. Die am Vorstoß beteiligten Streitkräfte sind ohne Beschädigungen oder Verluste eingelaufen. Zwei unserer kleinen Vorpostenboote sind heute nacht von einer feindlichen Flotte nicht zurückgekehrt und müssen als vermißt gelten.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 21. März. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des Mittelmeeres wurden 7 beladene Dampfer, die sämtlich gesichert und zum größten Teil bewaffnet waren, sowie 6 Segler zusammen etwa 23 000 Brutto-Registertonnen, versenkt.

## Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Kleine Nachrichten.

Der Donax-Wasserweg nach der Ukraine ist seit Mittwoch mienentfrei.

Ein Zirkular des Ministers des Inneren der Ukraine fordert die französischen, englischen und belgischen Offiziere, die in Kiew und Umgebung verblieben sind, zum Verlassen der Ukraine an.

Die russische Kärregierung hat ein Dekret erlassen, das die Enteignung aller russischen Handelschiffe anerkennt. Die Handelschiffe werden nicht als Staatsgut, sondern als Volkseigentum betrachtet und behandelt.

Petersburger Zeitungen teilen mit, daß Sofje zum Kommissar für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden sei. Demnach trifft also die Meldung von der Ernennung Sofjes zum Botschafter in Berlin nicht zu.

In Spanien wurde Maura mit der Kabinettbildung beauftragt.

## Der Offrieden.

Der Hauptausfluß verhandelte am Mittwoch zunächst über die Fortsetzung von 8 Millionen Mark zum Erwerb eines Grundstücks für die Reichsdruckverwaltung. Nach langer Aussprache stimmte der Ausschuss der Vorlage zu. Der Ausschuss trat dann zu dem Friedensvertrage.

Bei dieser Gelegenheit bittet Abg. Erzberger um Auslaß über Holland. — Unterstaatssekretär v. d. Busche macht darüber vorläufige Mitteilungen. Die daran anschließende Aussprache war ebenfalls vertagt. — Bei Artikel 3 des russischen Friedensvertrages wird Abg. v. Celler die Frage auf, wie die wärsche Lage des Staatseigentums in der von Rußland besetzten Gebiete sich gestalten wird. — Geheimrat Simons teilt mit, daß über das Eigentumsrecht im Staatsvermögen mit der Bevölkerung dieser Gebiete entschieden wird. — Abg. Erzberger fordert, daß die Rußen die Rußische zurückgezogen müssen, die sie aus den besetzten Gebieten fortgeschleppt haben. — Geheimrat Simons teilt mit, daß die Rußen bereits bereits gezogen sind. — Unterstaatssekretär v. d. Busche erklärt auf Anfrage, daß die finnische Deputation am 22. März in Berlin anreisen wird. — Abg. Junz berichtet, daß die russischen Staatsgüter in Rußland in

den Besitz des neuen Staates übergehen und von diesem zur Unterstützung deutscher Rückwanderer verwendet werden müssen. — Geheimrat Simons: Es besteht freie Hand in der Verwendung der einkaufenden Rußländer. — Abg. Redeborn: Die Fassung des Artikels 3 scheint absichtlich unklar gehalten zu sein, um die Bevölkerung der abgetretenen Gebiete ihres Selbstbestimmungsrechts zu berauben. Die Rußländer müssen in das Eigentum der neuen Staaten übergehen. — Abg. Götze: Es besteht ebenfalls die Unklarheit im Absatz 3, die schließlich alle möglichen Kombinationen gestatten könnten. Der Verstoß in Riga ist völlig eingestellt auf den russischen Markt, weshalb der Gebietszuwachs sei, aus Riga einen Freihafen zu machen. — Abg. Junz: v. Rechenberg bedauert, daß man dem Reichstag die Linienführung der neuen russischen Grenzen nicht früher unterbreitet hat. Der Vertrag müsse genau nach seinem Wortlaut ausgelegt werden. Wenn in Estland und Livland die Ordnung wieder hergestellt ist, dann hat die deutsche Militärmacht abgezogen. In den von Rußland abgetrennten Gebieten müssen mit zünftiger Beschleunigung die Voraussetzungen selbstständigen staatlichen Lebens geschaffen werden, und zwar unter voller Achtung des Selbstbestimmungsrechts dieser Völker. Dann erst können diese Staaten in ein staatsrechtliches Verhältnis zu Deutschland treten.

Abg. Dr. David: Es scheint sehr zu befürchten, daß Estland und Livland nach dem Wortlaut des Vertrages noch zu Rußland gehören. Im Friedensvertrag steht nicht, daß diese Völker sich von Rußland lösen können, dieses Zugeständnis war nur eine Auslassung der bolschewistischen Vertreter. Wie lange die bolschewistische Regierung noch am Ruder ist, kann man nicht sagen, aber die folgende Regierung dürfte auf keinen Fall bereit sein, anzuerkennen, daß Estland und Livland sich abtrennen dürfen. Abg. v. Götze hat die Mitglieder der ausländischen Vertretung geradezu dazu gedrängt, sich in einem der deutschen Militärpartei genehmen Sinne zu äußern: Dadurch hat man erkennen lassen, daß man sich an dem Vertrag nicht halten wolle. Die Estländer treffen nun am 22. März in Berlin ein. Der Brief, den sie an den Reichstagskanzler gerichtet hatten, ist vom Militärattaché abgelehnt. Der Brief ist nicht nur zurückgehalten, sondern auch beantwortet worden. Der Reichstag kann den Vertrag nicht ablehnen, er festhält, daß die Unabhängigkeit Litauens anerkannt wird. Die Litauer wollen nicht, daß sie durch eine Personalunion mit Deutschland verbunden werden. Diese Weigerung wurde mit der Drohung beantwortet, daß man dann Litauen teilen werde. Die Militärpartei hält fest an ihren Annexionsplänen gegenüber Polen und die Nationalliberalen sind jetzt bereit, gemeinsam mit den Konservativen diese Politik zu unterstützen. — Abg. v. Götze: Stimmt Ledebour darin zu, daß die jetzt gezogene Grenze praktisch unmöglich sei. Mit dieser Grenze lassen sich lebensfähige Staaten nicht bilden. Die Bevölkerung jenseits der gezogenen Linie muß man die Entscheidung überlassen. Der Vertrag sei unklar, er, Redner, stehe auf dem Standpunkt, daß Estland und Livland bereits von Rußland sich abgetrennt haben. Redner vertritt die Meinung, die Legitimation der Vertretungskörperschaften in den besetzten Gebieten nachzuweisen und schließlich insbesondere das Wahlrecht in Rußland. Der dortigen Arbeiterschaft könne man ein Wahlrecht nicht geben, weil sie lediglich revolutionäre Tendenzen verfolge. Eine selbstständige Republik könne man dort nicht zulassen, sonst sei das Deutschthum verloren. Redner erklärt dann, daß es nicht zuträfe, daß er in seiner Eigenschaft als Landesrat in Rußland einen unzulässigen Einfluß auf die Mitglieder des Landesrats ausgeübt habe.

Abg. Junz: Die Frage der Krugüter steht nach der Erklärung der Reichsleitung noch offen. Im Plenum muß aber unter allen Umständen Auskunft gegeben werden, wie sich die Reichsleitung die Regelung dieser Angelegenheit denkt. — Abg. Erzberger: Herr v. Götze's Ansichten über die baltischen Gebiete stehen im Widerspruch mit dem Vertrag und würden in der nächsten Zeit zu einem neuen Kriege mit Rußland führen. Zugabe: Ich, daß die Grenze wie sie jetzt gezogen ist, unhaltbar wäre. Zu einer Abänderung aber sei ein neues Abkommen mit Rußland notwendig. Der Beschluß des litauischen Landtages könne nur als vorläufig maßgebend angesehen werden, er bedarf der Bestätigung des litauischen Volkes, die auf breiterer Grundlage hergekehrt wird. Das preussische Staatsministerium habe sich einstimmig dagegen ausgesprochen, daß polnische Gebiete in größerem Umfang Preußen angegliedert werden sollen. — Unterstaatssekretär v. Radomski: Ein solcher Beschluß ist im preussischen Staatsministerium nicht gefaßt worden. — Abg. Freiherr von Rechenberg: Die vorgelegte Karte und der Text des Vertrages stehen in einem Widerspruch zueinander. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unter allen Umständen respektvoll durchgeführt werden. — Abg. Ledebour bestärkt, daß die vorgelegte Karte unrichtig sei. — Abg. Dr. David weist nach, daß Herr v. Götze einen überaus scharfen Druck auf die Mitglieder des litauischen Landtages ausgeübt hat. Nur unter diesem starken Druck haben die Ausländer den Vorschlägen zugestimmt. Die Auswärtigen Götze's hätten auch bekräftigt, daß auch für Litauen eine Personalunion mit dem Kaiser an der Spitze angebracht wird. — In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Erzberger, einen Beschluß habe in der polnischen Sache das preussische Staatsministerium allerdings nicht gefaßt, aber alle preussischen Minister haben sich gegen die Absichten ausgesprochen. — Abg. v. Götze erklärt, jede Beeinflussung habe ihm vollkommen ferngelegen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und auf Donnerstag vormittag vertagt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Zur Reichstagswahl in Niederbarnim hat die fortschrittliche Volkspartei die Parole für Genossen Willert ausgegeben.

### Graf Zichnowsky.

Der Mitglied des preussischen Herrenhauses ist, soll nach dem Wünsche verschiedener Herrenhäuser aus demselben ausgeschlossen werden. Die Möglichkeit ist in der Zustimmung gegeben, daß Mitglieder des Herrenhauses, falls sie sich als unwürdig erwiesen haben, ausgeschlossen werden können. Wir bezweifeln stark, daß diese Bestimmung rechtlich auf den Grafen angewandt werden kann; aber abgesehen davon, würde man ihn durch ein solches Vorgehen zum Märtyrer stempeln. Und das sollte man schon mit Rücksicht auf den eigenen Ruf und auf das Ausland vermeiden.

### Für Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte.

Abg. Ged. Mannheim (Soz.) hat folgende kleine Anfrage eingebracht:

Verlässlichen Zeitungsnachrichten zufolge haben sich sowohl in der französischen Kammer als ganz besonders auch im Gemeinderat der Stadt Paris im Laufe der letzten Tage ernste und eindringliche Stimmen erhoben, die einer Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone das Wort reden. Und nach einer Basler Nachricht des „Berl. Tel.-Ag.“ vom 16. d. Mts. meldet der dem Vatikan nahestehende „Corriere d'Italia“, der Papst prüfe zurzeit Mittel und Wege, um unter den Kriegführenden ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen.

Sind diese Nachrichten zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen? Und ist der Herr Reichstagskanzler zu einer Erklärung darüber bereit, welche Stellung die Reichsregierung den obigen Vorschlägen gegenüber einnimmt?



Die Wohnungsfrage vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

„Verhandlungen schweben!“  
Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch ohne Debatte den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Legislaturperiode in dritter Lesung an. Hierauf wurde die Beratung des Etats der Bauverwaltung fortgesetzt. Genosse Leinert benutzte die Gelegenheit, die Zustände auf dem Wohnungsmarkt zu Sprache zu bringen. Er forderte eine Zentralisierung des ganzen Wohnungswesens und wies darauf hin, daß für den kommenden Wohnungsbau bisher in keiner Weise vorgesorgt sei, vor allem nicht für die Baustoffe. Insbesondere fehle es an Ziegelfeststoffen, die Folge davon werde ein Zurückbleiben der Herstellung neuer Wohnungen sein. Da auch nicht damit zu rechnen sei, daß die Privatindustrie sich allzu sehr mit dem Kleinwohnungsbau befassen werde, müsse der Staat eingreifen. Unser Genosse wandte sich sodann noch gegen die Zulassung des Wohnens in Keller- und Dachwohnungen; er wies darauf hin, daß dadurch die Volkskrankheiten, vor allem die Tuberkulose, noch gesteigert würden. Denn es sei ganz erklärlich, daß in erster Linie kinderreiche Familien, die sonst keine Wohnung fänden, die Keller- und Dachwohnungen beziehen würden.

Der Vertreter des Ministeriums erwiderte, daß über die Zentralisierung des Wohnungsbauwesens „Verhandlungen schweben“, die „hoffentlich“ zu einem Erfolge führten, das es aber nicht möglich sein werde, „bei Kriegsende allen Deuten Wohnungen zu verschaffen.“ (!!) Die Bautätigkeit könne jetzt unmöglich aufgenommen werden. Die Bauzeit von Keller- und Dachwohnungen sei in normalen Zeiten zu vermerken, aber für so außergewöhnliche Zeiten komme man nicht um diese Maßnahme herum; „natürlich“ werde man die nötigen Vorkehrungen für die Volksgesundheit dabei treffen.

Nach Erledigung dieses Etats beriet das Haus den Etat der Zentralgenossenschaftskasse, wobei ein Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung abgelehnt wurde.

**Für das Selbstbestimmungsrecht.**

Die Mehrheitsparteien des Reichstages bringen zur dritten Lesung des deutsch-russischen Friedensvertrages folgende Resolution ein:

Der Reichstag spricht bei Verabschiedung des deutsch-russischen Friedensvertrages die Erwartung aus, daß gemäß der Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November 1917 und den Erklärungen des deutschen Friedensunterhändlers in Brest-Litowsk dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung getragen wird. daß sofort Schritte getan werden, um den staatlichen Aufbau mit einheitlicher Zivilverwaltung in die Wege zu leiten, daß die bisherigen Volksvertretungen auf eine breitere Grundlage gestellt werden, daß die von den bisherigen Volksvertretungen mit dem Deutschen Reich gewünschte Vereinbarung tunlichst bald abgeschlossen wird.

**Dänemark.**

**Auflösung des dänischen Reichstages.**  
Der Reichstag ist am 19. geschlossen und durch königlichen Erlass zum 20. April aufgelöst worden. Die Neuwahlen zum Folketing finden am 22. April statt.

**Aus Lübeck und den Nachbargebieten.**

Freitag, 22. März.

**Wie Erkältungen entstehen.**

Entgegen vielen Befürchtungen hat sich die Kältekrankheit des nun beendeten Winters bisher nicht als gesundheitsschädlich erwiesen. Die moderne Hygiene, die bekanntlich jede Überbeheizung der Wohnräume als erkältungsfördernd bezeichnet, befürwortet ja auch schon seit langem gemäßigte Zimmertemperaturen. In kühlen Zimmern sind daher bei normal warmer Kleidung keine Erkältungsmöglichkeiten zu befürchten, am allerwenigsten dann, wenn man für eine gewisse Fußbodenwärme sorgt. Eine der wichtigsten Ursachen von Erkältungen aller Art besteht nämlich, wie die letzten veröffentlichten Untersuchungen des Forschers Engelmann ergaben, in kalten Füßen. Selbst in gut geheizten Zimmern ist die Wärme nutzlos, wenn der Fußboden kalt und von Zugluft durch Lücken und dergleichen überpflügt wird, weil auf diese Weise Kopf und Körper ungeschützt erhitzen werden — der Temperaturunterschied zwischen Fußboden und Zimmerdecke beträgt in solchen Zimmern oft bis zu 10 Grad —, während die Füße dauernd kalt bleiben. Die wichtigsten Vorkehrungsmaßnahmen gegen Erkältungen im Zimmer wären also zunächst ein warmer Bodenbelag, wofür sich neben Teppichen auch sehr gut mit Stroh, Moos oder Papier gefüllte Säcke eignen sowie die Abschaffung der Bodenluft. Außerdem muß aber auch darauf geachtet werden, den kalten Fuß selbst zu behandeln. Wer z. B. mit kalten Füßen zu Bett geht, kann sich selbst im warmen Bett erkalten. Vor dem Zubettgehen ist deshalb der Fuß entweder durch fleißige Bewegung, die natürlichste und gesundeste Wärmezeugung, zu erwärmen, oder durch Frictionen oder auch endlich im Bett selbst mit Hilfe eines Wärmekissen. Zwecksprechende Bekleidung des Fußes kann ebenfalls mancher Erkältung vorbeugen. Man wählt als schlechtesten Wärmeleiter am besten verbes Leder, besonders für die Schuhsohle, weil durch das Überleiden ein dreimal größerer Wärmeverbrauch als durch die Sohle stattfindet. Warme Einlegesohlen sind fast unerlässlich. Wer es sich leisten kann, sollte außerdem nicht nur im Hause die Straßenschuhe ausziehen, sondern mehrmals am Tage die Schuhe überhaupt ablegen, um den im Kaltschuh mangelhaft tätigen Blutkreislauf wieder zu beleben. Eine Folgeerscheinung kalter Füße ist sehr häufig eine unwillkürliche Erweiterung des Kopfes, und in diesem Zustand, der eigentlich an sich schon eine leichte Erkältung darstellt, bilden sich leicht die Erkältungskrankheiten. Das allerbeste Mittel, einer solchen Erkältung vorzubeugen, ist nun die körperliche Bewegung; denn Bewegung ist und bleibt „die beste Medizin“. Es hat sich auch tatsächlich gezeigt, daß die meisten Erkältungen nicht durch die Kälte selbst, sondern nur durch Mangel an Körperbewegung entstehen. Wenn man sich angewöhnt, den Kaltschuh, so oft er auftritt, logisch durch Körperbewegung, am besten natürlich in frischer Luft, zu bekämpfen, wird man selbst vor kühlen Zimmertemperaturen und großer Luftfeuchtigkeit keine Erkältung davontragen, was gegen das wärmste Zimmer, wenn es eine kalte Bodentemperatur hat, wie gesagt, nur Erkältungen keineswegs schützt. Ebenfalls schädlich wie die Kälte ist natürlich auch jede Feuchtigkeit für die Füße. In der Regel treten die Erkältungskrankheiten in ziemlich enger Verbindung mit Erkältungsbedeutung auf, so daß, wenn die Erkältung durch die kalten Füße erfolgt ist, die eigentliche Krankheit meist in Nase oder Rachen auftritt. Als eigentliche Ursache der Erkältung ist zunächst die direkte Erkältung, also z. B. die des Fußes zu betrachten; auf sie folgt dann — etwa in der Nase — eine unwillkürliche Blutanschoppung sowie von innen her eine Veränderung der Gewebe, und erst hieraus entwickelt sich dann die betreffende Erkältungskrankheit, aller Wahrscheinlichkeit nach verursacht durch das Einwirken der Bakterien, die den angestrichenen Schleimhäuten des Rachens oder der Nase zerstören.

**Der amtliche Kriegsbericht.**

1918. Großes Hauptquartier, 22. März. (Amtlich.)  
Weltlicher Kriegsschauplatz.  
Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.  
Offensive wurde von See her beschossen. In Belgisch und französisch-Flandern hielt harter Feuerkampf an. Mehrfach drangen Erkundungsabteilungen in die feindlichen Linien ein. Von südöstlich Arras bis nach La Fere griffen wir englische Stellungen an. Nach harter Feuerkämpfe von Artillerie und Minenwerfern stürmte unsere Infanterie in breiten Abschnitten vor und nahm überall die erste feindliche Linie. Zwischen La Fere und Soissons, zu beiden Seiten von Reims und in der Champagne nahm der Feuerkampf an Stärke zu. Sturmabteilungen brachten in vielen Abschnitten Gefangene ein.  
Heeresgruppen Gallix und Herzog Albrecht von Württemberg.  
Unsere Artillerie setzte die Zerstörung der feindlichen Stellungen und Batterien vor Verdun fort.  
Auch an der Lothringischen Front war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.  
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

**Ein neues Quartal steht bevor!**

Da ist es Zeit, auch ein neues Abonnement auf den „Lübecker Volksboten“ zu nehmen. Alte und treue Leser erneuern ihr eigenes Abonnement ohne weiteres durch Weiterbezug unseres Blattes. Sie wirken aber auch fernerhin für ihr Blatt, indem sie ihm neue Bezahler werben. Hundert Möglichkeiten dazu gibt es. Unter Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie auch im Kreise der Arbeitsgenossen. Im Hause, auf der Straße und am Arbeitsplatz läßt sich zur weiteren Vermehrung unserer Leserschaft noch manches tun. Wer das versäumt, der hat kein Recht, sich über etwas zu beklagen; was besser sein könnte, wäre der Leserkreis des „Lübecker Volksboten“ noch viel größer.

**Der Senat gegen die Steuerfreiheit der Einkommen von 600 bis 1000 M.**

Am letzten Montag hat die Lübecker Bürgerschaft anlässlich der Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 1918 folgendem Antrag unseres Genossen Ehlers ihre Zustimmung erteilt:  
„Mit Rücksicht auf die durch den Kriegszustand geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse bleiben die Einkommen bis zu 1000 M. steuerfrei.“  
Zur Begründung wies der Antragsteller darauf hin, daß der Wert und die Kaufkraft des Geldes während des Krieges ganz außerordentlich gesunken sei, so daß 1000 M. zur Bestreitung des Lebensunterhalts einer erwachsenen Person nicht mehr ausreichten. Er betonte, daß es sich in der Hauptsache um Berufstätigen oder Dienstboten handelte, welche ein so geringes Einkommen beziehen. Vom Senatssitz, an dem neben dem ständigen Senatskommissar auch der Lübecker Finanzminister Senator Hermann Eichenburg saß, wurden gegen den Antrag Ehlers keinerlei Einwände erhoben. Deshalb erschien die Annahme nicht unbedenklich, daß der Senat sich nicht ablehnend verhalten würde, wenn die Bürgerschaft dem Antrag, der auch nach Angabe seines Urhebers einen Steueranfall von mehr als 40 000 M. zur Folge haben würde, zustimmen sollte. Nachdem das nun geschehen ist, sind jedoch dem Senate Bedenken gekommen, und so soll sich denn am kommenden Montag die Bürgerschaft noch einmal mit dieser Sache beschäftigen. Ihr ist folgendes Senatsdekret zugegangen:  
„Die Bürgerschaft hat in ihrer Versammlung am 18. März 1918 der Vorlage des Senates, betreffend den Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1918, mit der Maßgabe zugestimmt, daß das zu erlassende Gesetz, betreffend Nichterhebung eines Teiles der Einkommensteuer im Steuerjahre 1918, dahin geändert werde, daß die Einkommen bis zu 1000 M. steuerfrei bleiben. Wenngleich dieser Beschluß nur für das nächste Rechnungsjahr gilt, so glaubt der Senat doch, auch abgesehen von dem sich voraussichtlich ergebenden Einnahmeausfall von rund 40 000 M., mit Rücksicht auf die etwaigen späteren Folgerungen dem Beschluß seine Zustimmung nicht erteilen zu können.“  
Man muß sich nur wundern, daß der Senat erst nach dem Beschluß zu der Erkenntnis gekommen ist, welche „etwaigen späteren Folgerungen“ aus ihm entstehen könnten. Es wird zwar unterlassen angegeben, welcher Art diese späteren Folgerungen nach Auffassung unserer Regierung sind, aber man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß gemeint ist, die einmal von 600 Mark auf 1000 Mark heraufgesetzte Steuergrenze würde auch nach Beendigung des Krieges nicht wieder nach unten geändert werden. Von der Einföhrung einer auf Grund eines zukünftigen, hoffentlich gerichteten Wahlrechts gewählten Bürgerschaft ist das jedoch zu erwarten. Aber kann das maßgebend sein, jetzt einen maßgebenden Beschluß wieder umzuwerfen? Würde eine Ablehnung des Antrages Ehlers, nachdem ihm die Bürgerschaft vor acht Tagen zugestimmt hat, nicht bedeuten, daß sich das Lübecker Parlament sich der Tragweite seiner Handlungen garnicht bewußt ist? Neue Gründe enthält doch das Senatsdekret nicht. Jedenfalls wird die Haltung der Bürgerschaft erkennen lassen, ob sie ohne Not ihre eigene Meinung aufgibt, nur weil der Senat wünscht, daß eine im Interesse der Minderbemittelten stehende Maßnahme nicht durchgeführt werden soll.

genen Beschluß wieder umzuwerfen? Würde eine Ablehnung des Antrages Ehlers, nachdem ihm die Bürgerschaft vor acht Tagen zugestimmt hat, nicht bedeuten, daß sich das Lübecker Parlament sich der Tragweite seiner Handlungen garnicht bewußt ist? Neue Gründe enthält doch das Senatsdekret nicht. Jedenfalls wird die Haltung der Bürgerschaft erkennen lassen, ob sie ohne Not ihre eigene Meinung aufgibt, nur weil der Senat wünscht, daß eine im Interesse der Minderbemittelten stehende Maßnahme nicht durchgeführt werden soll.

**Erhöhung der Fleischpreise.** Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Nach der Verordnung über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtvieh vom 9. März 1917 werden außer dem besten Schlachtvieh (A-Klasse) mit 90 Mark Einheitspreis für 50 Kilogramm Lebendgewicht ausgemästete oder vollfleischige ältere Tiere (Ochsen und Kühe und 7 Jahre, Bullen über 5 Jahre) und angefleischte Tiere (Ochsen, Bullen, Kühe und Färsen) jedes Alters mit sechs Unterlassen (sogenannte B-Klasse) je nach dem höheren Gewicht besser (zwischen 60 und 85 Mark für 50 Kilogramm Lebendgewicht) bei der Abnahme bezahlt. Auf diese Staffelung wird es zurückgeführt, daß viele Besitzer lieber unausgemästete Kühe, also Milchtiere, abgeben, als wegen ihres höheren Gewichtes einen höheren Erlös bringen, als die geringgewichtigen Jungvinder. Das Kriegsernährungsamt hält es deshalb für geboten, bis auf weiteres für alle in die B-Klasse fallenden Tiere einen Durchschnittspreis von 80 Mark für den Zentner Lebendgewicht einzuleben. Von dieser Preissteigerung, die eine Erhöhung des Kleinhandelsfleischpreises um etwa 2 1/2 Pfg. für die Kochschuppe zur Folge hat, wird erwartet, daß die Landwirte statt der Kühe in erhöhtem Maße das Jungvieh abgeben, in daß der Kuhbestand für die beginnende Weide- und Grünfütterzeit, soweit als irgend möglich, gesichert werden kann. Vom Kriegsernährungsamt ist am 15. März eine entsprechende Verordnung erlassen worden.

**Anmeldung zur Landsturmrolle.** Sämtliche Angehörige des unausgebildeten Landsturms 1. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. März 1901 geboren sind, werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 3. April, bis einschließlich 5. April 1918, vormittags von 9 bis 1 Uhr, bei nachstehend aufgeführten Meldestellen zur Landsturmrolle anzumelden. Es haben sich zu melden: 1. aus den Landgemeinden: Bei dem Polizeibezirk in Ruffe: Die Mannschaften aus den Gemeinden Ruffe, Roggensee, Nibersau. Bei dem Polizeibezirk in Groß-Schretzken: Die Mannschaften aus den Gemeinden Groß-Schretzken, Klein-Schretzken und Tramm. Bei dem Polizeibezirk in Harmsdorf: Die Mannschaften aus den Gemeinden Mbselbe, Behlendorf, Dilschendorf, Giesendorf, Harmsdorf, Hellenhof und Sterkstraße. Bei dem Polizeibezirk in Travemünde: Die Mannschaften aus Travemünde, Gneversdorf und den Landgemeinden Brodten, Twerdorf, Rönau und Teutendorf. Bei dem Polizeibezirk in Schlutup: Die Mannschaften aus Schlutup. Bei dem Polizeibezirk in Kuru: Die Mannschaften aus den Gemeinden Kuru, Krumbeck, Dissa und Maltendorf. Bei dem Polizeibezirk in Rüdnitz: Die Mannschaften aus Rüdnitz und den Landgemeinden Dammersdorf, Böppendorf, Herrenhof und Siems. 2. die in der Stadt Lübeck wohnhaften Mannschaften in Lübeck im Geschäftszimmer der Erbkommmission, Mengstraße 8, I. Stock. Bei der Anmeldung haben diejenigen Mannschaften, welche im Lübecker Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtschein vorzulegen. Geburtscheine, gültig für Militärzwecke, werden beim Standesamt des Geburtsortes kostenfrei ausgestellt.

**Für Reisende nach der holländischen oder belgischen Grenze.** Durch Verordnung der zuständigen Stelle. Generalkommando ist bereits seit etwa 1/2 Jahr die Jurisdiktion in den an der deutsch-holländischen und deutsch-belgischen Grenze stehenden, auf deutschem Gebiet liegenden Grenzstreifen, abhängig gemacht. Von der Erlaubnis des betreffenden Grenzlandrats, der einen besonderen Ausweis hierzu erteilt. Ferner ist das Betreten und Verlassen einer größeren Anzahl von Bahnhöfen in dem an diesen mit Ausweisung belegten Grenzstreifen landeinwärts angrenzenden Gebiete nur Personen gestattet, die einen von einer deutschen Behörde ausgestellten Personalausweis besitzen. Dieser Ausweis muß mit einem Lichtbild des Inhabers, dessen eigenhändiger Unterschrift, sowie mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sein, daß der Inhaber tatsächlich die durch das Lichtbild dargestellte Person ist und die Unterschrift eigenhändig vollzogen hat. Trotzdem kommen immer wieder Reisende in dies Sperrgebiet ohne die erforderlichen Ausweise und müssen unentgeltlicher Sache die Militärreise antreten, abgesehen von der etwa drohenden Strafe. Es ist daher ratsam, vor Eintritt einer Reise in das Gebiet in der Nähe der holländischen oder belgischen Grenze sich mit den einschlägigen Bestimmungen vertraut zu machen.

**Kenntzeichnung von Paketen ohne Inhalt.** Zur Verhütung von Weiterungen bei der Feststellung des Inhalts beschädigter Pakete soll bei der Paketannahme sofort darauf gehalten werden, daß die Abfederer leer verpackte Schachteln, Kisten, Körbe oder andere Behälter durch einen auf das Paket und die Paketkarte niederzuschreibenden Vermerk, z. B. „leere Schachtel“, „Inhalt zwei leere Blechbücher“ usw. kenntzeichnen. Ferner ist auf den Paketarten hinter dem Wort „Anbei“ die Art der Sendung (ob Paket in Papier oder Leinen, Kiste, Pappschachtel, Blechbücher, usw.) stets genau zu bezeichnen.

**Der Unterkunftsnachweis der Zentrale für private Fürsorge (Nachweis von Schlafstellen und von möblierten Zimmern), der seit einigen Wochen eingerichtet ist, hat es sich zur Aufgabe gemacht, verlässlichen Angaben (Arbeiterinnen, Kontoristinnen usw.) gute, preiswerte Einzelzimmer oder Schlafstellen nachzuweisen. Schon der erste Anfang der Arbeit hat gezeigt, daß in Lübeck nicht nur ein Mangel an Wohnungen, sondern auch ein Mangel an Schlafstellen und Einzelzimmern besteht, der es besonders von auswärts kommenden Arbeiterinnen und Angestellten sehr schwierig macht, geeignete Unterkunft zu finden; der Unterkunftsnachweis kommt mit seiner Tätigkeit daher entschieden einem Bedürfnis entgegen. Meldungen bestehender Zimmer und Gesuche um Zimmer oder Schlafstellen werden an die Geschäftsstelle: Königstraße 19 erbeten.**

**Zeichnungen auf die Kriegsanleihe.** Die Spar- und Anleihe-Kasse Lübeck zeichnet die 3. Kriegsanleihe mit 3 Millionen M. (im ganzen 28 Millionen Mark).

**Hanse-theater.** Man schreibt uns: „In unserer Stadt ist der Titel eines Volksstücks in vier Akten mit dem Titel „Waller Kolla“, welches am morgigen Sonntag zum ersten Male aufgeführt wird. Das Werk fand überall eine enthusiastische Aufnahme und wird ihm auch hier der verdienteste Erfolg nicht fehlen. Wiederholungen finden im Laufe der folgenden Woche, ausgenommen Karfreitag, abendwärts statt. Im Sonntag nachmittag wird auf vielfachen Wunsch als Kindervorstellung „Dornröschen“ wiederholt. Es sei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß von Sonntag ab die Vorstellungen abendwärts um 7 1/2 Uhr statt um 7 Uhr abends beginnen.“

**Hamburg. Neue Werk.** In Hamburg hat die Gründung der Hamburger Elbwerft Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Hamburg, die mit einem Aktienkapital von 4 1/2 Millionen ausgestattet ist, stattgefunden. Das Unternehmen bezieht den Bau von Handelsschiffen und zwar möglichst einheitliche Typen bis zu 5000 Tonnen. Die neue Aktiengesellschaft übernimmt die in Wilhelmshafen bei Hamburg gelegene Elbwerft Konstruktionsanstalt und Werk der Firma H. J. Schmidt, Hamburg. Die neue Aktiengesellschaft beabsichtigt die Werk durch bedeutende Neuanlagen zu einer wesentlich höheren Leistungsfähigkeit und für den Bau von Schiffen auszubauen; die Vorarbeiten hierfür dürften bereits in Angriff genommen werden.



**Wismar.** Eine neue Werftgründung. Hier ist mit einem Aktienkapital von 8000 000 Mk. die Deutsche Schiffswerft gegründet worden. Die Werft soll an der Einmündung des durch Mecklenburg zu erbauenden Kanals in die Ostsee errichtet werden, zu welchem Zweck ein etwa acht Meter tiefes Wasserbecken geschaffen werden soll. Das Werftgelände gehört der Stadt; sie verpachtet eine Fläche von 200 000 Quadratmetern auf 60 Jahre. In der Nähe der Werft wird eine Maschinenfabrik errichtet werden, so daß vollkommen fertige Schiffe hergestellt werden können. Es sollen Schiffe bis zu 12 000 Tonnen groß gebaut werden.

**Bremen.** In der Bürgererschaft wurde Mittwoch zunächst ein Antrag behandelt, der die Befreiung der Kriegsteilnehmer von der Einkommensteuerpflicht fordert. Der Antrag rief eine längere Debatte hervor, in der darauf hingewiesen wurde, daß es große Schwierigkeiten habe und auch unbillig sei, die Kriegsteilnehmer von der Einkommensteuer zu befreien, dagegen die Privatangehörigen und der Arbeiter zu besteuern. Nichtsdestoweniger wurde der Antrag angenommen, jedoch der Senat ersucht, die zuständigen Stellen mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Kriegsteilnehmer von der Einkommensteuer freizulassen. Die Bürgererschaft beschloß sich dann mit der staatlichen Unterstützung der höheren Mädchenschulen. Die Schuldeputation hatte beantragt, den Staatszuschuß um 25 000 Mark zu erhöhen unter dem Vorbehalt, daß ihr im Falle beschlagnahmter Schulgelddrückung durch die Inhaber der Schulen das Recht zur Prüfung der Berechtigung einer derartigen Maßnahme vor ihrer Durchführung gegeben werden solle. Der Vertreter des Senats in der Bürgererschaft sprach sich gegen diesen Vorbehalt aus, die Bürgererschaft nahm aber den Antrag der Schuldeputation mit großer Mehrheit an. Ebenso erteilte sie einem Antrag Hagemeier ihre Zustimmung, wonach die Schuldeputation mit der Vorlegung eines Programms beauftragt wird, welche Änderungen und Neuerungen sich infolge des Krieges im Schulwesen als notwendig erwiesen haben.

## Für unsere Feldgrauen.

### Die Ablösung des alten Landsturms.

In den Parlamenten ist schon des öfteren ein Erlaß erwähnt worden, den das Kriegsministerium im November des vergangenen Jahres über die Ablösung des Landsturms an der Front erteilte. Ueber den Inhalt dieses Erlasses macht jetzt der Abg. Müller-Meinungen in der „Kieler Zeitung“ nähere Angaben:

In dem Erlaß wird zunächst festgestellt, daß der Austausch der über 45jährigen Landstürmer, gedienten und ungedienten, die schon länger als sechs Monate in vorderster Linie Dienste getan haben, „im allgemeinen durchgeführt ist“. Neu ist aber, daß das Kriegsministerium ersucht, „soweit die Kriegslage es gestattet“, auch auf die nachfolgenden Jahrgänge des Landsturms die Maßregel der Zurückziehung auszuweiten. Es stellt dabei aber wiederholt als erste Regel auf, daß die über 45jährigen das erste Anrecht auf Zurückziehung haben. Dann wird folgende Stufenleiter für die Zurückziehung der jüngeren bestimmt, die vorläufig nur bis zu den 42jährigen einschließend ausgedehnt werden soll:

In erster Linie sind auch hier wieder die Leute abzuziehen, die schon länger als sechs Monate bei Kampftruppen der vordersten Linie stehen. Neu ist, daß auch in besonderen Fällen die Ablösung der Munitionskolonnen und anderen Truppen erfolgen kann, die dem feindlichen Feuer stark ausgesetzt sind. Im übrigen wird festgestellt, daß die Reihenfolge des Austausches nach dem Alter zu erfolgen hat, wobei stets besonders wirtschaftliche, familiäre und gesundheitliche Verhältnisse zu berücksichtigen sind. Die Reihenfolge soll dann folgende sein: 1. Familienväter mit sechs oder mehr zu versorgenden Kindern oder die

Witwen mit vier oder mehr zu versorgenden Kindern; 2. die Familienväter mit vier oder mehr zu versorgenden Kindern oder die Witwen mit zwei oder mehr zu versorgenden Kindern; 3. die Familienväter mit zwei oder mehr zu versorgenden Kindern oder die Witwen mit einem oder mehr zu versorgenden Kindern; 4. die Familienväter mit einem zu versorgenden Kind; 5. und 6. die Familienväter oder Witwen, von denen ein oder mehrere Söhne gefallen oder eingekerkert sind; 7. alle übrigen. Ein zu häufiger Austausch in vorderster Linie soll vermieden werden. Die abgelösten Mannschaften sollen außerhalb des Feuerbereichs entweder hinter der Front bei Stappensformationen oder im Heimatheer Verwendung finden. Am Schlusse ist ersucht, die f. v. Mannschaften möglichst bald zum Austausch heranzuziehen. Die Zurückziehung vom Truppendienst soll ohne weiteres von selbst eingeleitet werden. Sie ist abhängig von dem Eintreffen des von den Kommandobehörden angeforderten Ersatzes aus der Heimat. Den Mannschaften bleibt es unbenommen, bei ihren Truppendienst um Austausch zu bitten und in dringenden Fällen bei der nächsten Dienststelle (Kompanie) ihr Gesuch einzubringen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Drei Monate Gefängnis und 41 000 Mark Geldstrafe.** Die Strafkammer in Bielefeld verurteilte den Kaufmann Wilhelm Rodemann wegen Kriegsmord und Kettenhandels mit 30 Jahren an drei Monaten Gefängnis und 41 243 Mark Geldstrafe.

**Verurteilung eines Bürgermeisters.** Die Strafkammer in Münden verurteilte den Bürgermeister Lowary aus Neersen wegen Lebensgefährdung und Unterschlagung von 11 000 Mark aus den Lebensmittellagen der Gemeinde zu zehn Monaten Gefängnis. Der Gemeindefeldschreiber Koch, der mit dem Bürgermeister gemeinsame Sache gemacht hatte, erhielt acht Monate Gefängnis.

## Aus Nah und Fern.

**Zusammenschluß der Papier-Interessenten.** Aus Berlin wird berichtet: Vor wenigen Tagen hat sich in der Organisation der Papier erzeugenden Industrie ein sehr bedeutsamer Vorgang vollzogen. Die vier Fachvereine der Papiermacherei, welche die überwiegende Zahl der Betriebe der Papierzeugung in sich schließen, haben einen „Zentralausschuß der Papier-, Papp-, Zell-, Stoff- und Holzstoff-Industrie“ geschaffen, welcher künftighin die einheitliche Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Papier erzeugenden Industrie in allen Fragen des allgemeinen Gewerbesinteresses nach außen hin, insbesondere bei den Behörden und der Regierung, obliegen wird. Die Behandlung von Preisfragen bleibt, soweit nicht besondere Ursachen eine Ausnahme erfordern, den Preis- und Verkaufsvereinigungen überlassen. Zum Vorsitzenden des Zentralausschusses ist Herr Gohrt, Geschäftsführer, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kommerzienrat Otto Hoesch, Birmen, gewählt worden.

**Familiengröße.** Der im Hause Brunnenstraße 185 in Berlin wohnende Dolmetscher B. Radzinski hat gestern nachmittag seine Frau, seine Tochter und sich selbst mit Sublimat vergiftet. Der Grund sollen Nahrungsstörungen sein.

**Die Bundesturnfahrt des Arbeiter-Turnerbundes 1918.** Als im Vorjahre der Arbeiter-Turnerbund seine erste große Bundesversammlung in Form einer bezirksweise über das ganze Reich vertheilten „Bundesturnfahrt“ unternahm, da konnte er, trotz der

Ungunst der Kriegsverhältnisse an einem Tage mehr als 12 000 wandernde Arbeiterturner auf die Beine bringen. Ueber 600 jugendliche Weikämpfer beteiligten sich an dem mit der Turnfahrt verbundenen einheitlichen Dreikampf. In diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Male eine Bundesturnfahrt stattfinden, wiederum verbunden mit sportlichen Weikämpfen. Diesmal erhält die Veranstaltung aber eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß am gleichen Tage die Feier des 25jährigen Bestehens des Arbeiter-Turnerbundes damit verknüpft wird. Das Jubiläum des Bundes sollte ursprünglich durch einen in Leipzig, dem Sitz der Bundesturnfahrt, abgehaltenen großen Arbeiter-Bundesturnfest gefeiert werden. Viele tausend Meldungen waren schon eingegangen und großzügige Vorbereitungen im Gange. Daß der Weltkrieg und schließlich alle derartigen Unternehmungen zu Boden gingen, die namentlich stattfindenden Bundesturnfahrten geben Zeugnis von dem allmählichen Wiederaufleben der Arbeiterturnerei, die damit ihre Unverwundbarkeit und Existenzberechtigung erwiesen hat. Daran zu erinnern eignet sich besonders die Osterzeit, wo wiederum Tausende von jungen Menschenkindern die Volksschule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Wer das weiß, welche nachteiligen Folgen für die Gesundheit die jahrelange Hebung aus der sorglosen Kinderzeit in den Kampf ums Dasein für die in der Entwicklung stehenden Körper der Arbeiter und Mädchen mit sich bringt, der wird die Aufforderung des Arbeiter-Turnerbundes zum Beitritt in seine Jugendabteilungen nur begrüßen und unterstützen. Bewegung in Luft, Licht und Sonne brauchen diese jungen Menschenblüten. In Spiel und Turnen sollen sie ein Gegenmittel gegen die Schäden des Erwerbslebens finden und im Anschluß an Gleichgesinnte vor Verimpfung bewahrt bleiben. Mädchen sich dessen die Arbeiterkinder und Eltern stets eingedenk sein.

## Neueste Nachrichten.

### Der Gewaltakt gegen Holland.

**Haag, 21. März.** Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe erzeugt hier eine grenzenlose Erbitterung. Heute wird in der Ersten Kammer eine Interpellation über die Beschlagnahme der holländischen Schiffe stattfinden. Gerade in parlamentarischen Kreisen erfährt die Politik der holländischen Regierung trotz Londons Erklärungen noch die schärfste Kritik, die hauptsächlich von der Rechten und von der äußersten Linken unter Führung von Troelstra ausgeht. Die Lage der Regierung ist daher dauernd unsicher.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im

„Lübecker Volksboten“

## Vierter Nachtrag

zu der Bekanntmachung über die Beschlagnahme der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1917 und über die Abgabe von Frühkartoffeln.

Ziffer III des dritten Nachtrages vom 15. September 1917 wird geändert wie folgt:

Der Erzeugerpreis für verlesene Kartoffeln beträgt auf den Zentner:

- 1) frei Bahnwagen der nächstliegenden Bahnstation oder frei Lager der städtischen Kartoffelstelle Mk. 3.—
- 2) frei Haus des Verbrauchers Mk. 7.—
- 3) Zu diesen Preisen kann der Erzeuger für jeden Zentner Kartoffeln, der bis zum 15. April geliefert wird, eine Verwahrungsgebühr von 75 Pfennig hinzurechnen, nach dem 15. April eine solche von Mk. 1.25.
- 4) Für unverlesene Kartoffeln ermäßigen sich die Preise unter Ziffer 1 und 2 um 80 Pfennig.

Zuüberhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 22. März 1918.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Für die liebevolle Unterstützung lade ich allen Angehörigen der Quarantäne und des Schlachthofes meinen herzlichsten Dank. Elisabeth Reppenhagen Ww.

**2 Pfd. Saats. ngenperlböhn.** zu verkaufen. (1245) Augustenstraße 9.

**Runkelrüben** zu verkaufen. (1238) Rentefeld, Lindenstr. 7.

**Buxbaum** zu verkaufen. (1237) Friedenstr. 65.

**Guterb. Mittelschülermütze** für Klasse V (grün) zu verlauf. (1249) H. Froh, Witzstr. 5.

**J. H. Pein**

Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

**Deutscher Transportarbeiterverband** Ortsverwaltung Lübeck.

**Todes-Anzeige.** Den Mitgliedern die traurige Kenntnis, daß unsere Kollegen

**August Holtz** Kutcher,

im Lazarett verstorben und

**Karl Luth** Kutcher,

am 19. März 1918 verstorben ist.

Sehr ihrem Andenken!

Die Beerdigung des Kollegen Luth findet am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle auf dem Vorwerk Friedhof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht (1236) Der Vorstand.

**Pflanzsalotten zu verkaufen.** Pfund 1.80 Mk. (1242) Rabenstraße 20 a.

Zu kaufen gesucht **2 Sprungfedermatrassen** Ana. m. Br. u. B D 40 a. d. Str.

**Hüte zum Umprägen und Umarbeiten** erbitte baldigst. (1230) Sierelstr. 44

Auswahl in neuen Hüten. **Jadensburg 37.**

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.**

c. G. m. b. H.

**Achtung Mitglieder von Stodsdorf und Jadenburg!**

Nach einer neuen Anordnung sollen neue Kundenlisten angelegt werden. Wir bitten alle Mitglieder, bis zum 23. März gegen Vorlegung ihres Butterbuches sich in unseren Abgabestellen in Stodsdorf oder Jadenburg eintragen zu lassen.

1233

**Der Vorstand.**

**Lübecker Weinhaus Otto Voigt**

obere Fleischhauerstrasse 14

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Weine, Spirituosen u. Liköre.

Portwein | Samos | Bordeaux-Weine  
Sherry | Rhein- und | Apfelwein  
Madeira | Mosel-Weine | Rum  
Malaga | Rotwein | Cognak  
Liköre 1234

**Krawatten Hosenträger Herren-Wäsche**

**Aug. Janensch** Sandstr. 6. (1282)

**Visitenkarten** Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

**Rechnungs-Formulare**

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannistr. 46.

**Hansa-Theater.** Heute abend 7 Uhr. (1285)

Zum letzten Male: **Filmzauber.**

**Hansa-Theater.**

Sonntag, den 23. März, abds. 7 1/2 Uhr:

„Immer feste druff!“ Vaterl. Volksst. m. Ges. i. 4 Akt. Musik von Walter Kollo.

Sonntag, den 24. März, abds. 7 1/2 Uhr:

„Immer feste druff!“ Nachm. 8 Uhr: Märch.-Vorst. Kl. Preise. Auf vielf. Wunsch: **Dornröschen.**

Montag, den 25. März, abds. 7 1/2 Uhr:

„Immer feste druff!“

**Stadttheater.**

Freitag, den 22. März 1918: Gastspiel von **Melitta Leithner:**

**Medea.**

Sonntag, d. 23. März 1918:

**Fra Diavolo.**

Sonntag, den 24. März 1918: Festaufführung:

**Der Freischütz.**

Anlässlich der 400. Aufführung des „Freischütz“ in Lübeck.

Als Gäste: **Frida Singler** (Aennchen) und **Alfons Schützendorf** (Kaspar) vom Stadttheater Hamburg.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

**Bräuerei zur Walkmühle**

**Hansa-Bräuerei A.G.** Lübeck. Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

**Bavaria-Bräuerei** Hamburg-Altona. Niederlage Lübeck. Lindenstr. 68a Tel. Nr. 474

**Julius Schober** feinste Wurstwaren Große Burgstr. 15

**Praktischer Wegweiser** Erreichte nicht. = ist nicht = empfehlensw. Geschäfte Zergelt. Beachtung = empfohlen =

**Heinrich Waller** Breitestr. 60 Herren-Wäsche Krawatten-Unterzeuge Hüte, Seirme etc.

**Wilhelm Rahfoht** Osterstr. 113 Telefon 587 vorzügliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

**Carl Rohde** Handstr. 64 Schlagschnitt, Bedarfsartikel Fein-Gerbererei

**Heinrich Schlichter** Glandorferstraße 7, Lübeck, Schlichter Schallfedersech.

**Thüringer Wurstfabrik**

**August Scheer** G. m. b. H.

**Wurstfabrikation** liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

**Lübecker Wurstfabrik** Emil Aland Wlth. Schmidt Nachf.

**Matth. C. Ahrens, Bäckermeister.**

**Kenner bevorzugen** das gute **Lübecker Bürgerbräu**

Aktienbierbrauerei Lübeck

**Eutin** MewsMühle, Mühlenfabrikale

**Ratzeburger Aktien-Brauerei**



## Aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Wir veröffentlichen die entscheidenden Kapitel aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky bis auf das erste Kapitel über Edward Grey, in dem einige persönliche Nebenbemerkungen gestrichen sind, ungekürzt. Die vorangehenden Abschnitte, auf die zurückzukommen wir uns vorbehalten, greifen weiter in die Zeit vor dem Kriege zurück.

### Sir Edward Grey.

Sir Ed. Greys Einfluß war in allen Fragen der auswärtigen Politik nahezu unbeschränkt. Zwar sagte er bei wichtigen Anlässen: „I must first bring it before the cabinet“ (ich muß das erst im Ministerrat vorbringen), doch schloß sich dieses seinen Ansichten regelmäßig an. Seine Autorität war unbestritten.

Aus einer alten, im Norden Englands begüterten Familie stammend, die bereits den bekannten Staatsmann Grey geliefert hatte, schloß er sich dem linken Flügel seiner Partei an und sympathisierte mit Sozialisten und Pazifisten. Man kann ihn einen Sozialisten im idealen Sinne nennen, denn er übertrug die Theorie auch auf sein Privatleben, das sich durch die größte Einfachheit und Anspruchslosigkeit auszeichnet, obwohl er über reichliche Mittel verfügt. Jede Repräsentation liegt ihm fern. Er hatte in London nur ein kleines Altbauquartier, gab niemals Diners, außer dem einen antiken im Foreign Office (Auswärtigen Amt) zu Königs Geburtstag. Wenn er ausnahmsweise einige Gäste bei sich sah, so war es zu einem einfachen Essen oder Frühstück in ganz kleinem Kreise und mit weiblicher Bedienung. Auch mied er große Gesellschaften und Feste.

Die Einfachheit und Lauterkeit seines Wesens verschafften ihm auch die Achtung seiner Gegner, die mehr auf dem Gebiete der inneren als der auswärtigen Politik zu suchen waren. Lügen und Intrigen sind ihm gleichmäßig fern.

So steht der Mann aus, der als Lügen-Grey und als Anführer des Weltkrieges verschrien wird.

### Serbische Krise.

Ende Juni (1914) begab ich mich auf Allerhöchsten Befehl nach Kiel, nachdem ich wenige Wochen vorher in Oxford Ehren doktor geworden war, eine Würde, die nur mir kein deutscher Pöschel Herr von Wunsen bekleidet hatte. Im Bord des Meteor erfuhr ich den Tod des Erzherzogthronfolgers. S. M. beauftragte, daß dadurch seine Bemühungen, den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich waren. Ob der Mann einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt selbstegelegt wurde, kann ich nicht wissen.

Da ich über Wiener Vorgänge und Ansichten nicht unterrichtet war, maß ich dem Ereignis keine weitgehende Bedeutung bei. Ich konnte später nur feststellen, daß bei österreichischen Aristokraten ein Gefühl der Erleichterung andere Empfindungen überwog. Am Bord des Meteor besand sich auch als Gast S. M. ein Oesterreicher, Graf Felix Thun. Er hatte die ganze Zeit wegen Seefrankheit, trotz herrlichen Wetters, in der Kabine zugebracht. Nach Eintreffen der Nachricht war er aber gesund. Der Schreck oder die Freude hatte ihn geheilt!

In Berlin angekommen, sah ich den Reichskanzler und sagte ihm, daß ich unsere auswärtige Lage für sehr befriedigend hielt, da wir mit England so gut läanden, wie schon lange nicht. Auch in Frankreich sei ein passifisches Ministerium am Ruder.

Herr v. Bethmann-Hollweg schien meinen Optimismus nicht zu teilen und beklagte sich über russische Rüstungen. Ich sagte ihm zu beruhigen und betonte namentlich, daß Rußland gar kein Interesse habe, uns anzugreifen, und daß ein solcher Angriff auch niemals die englisch-französische Unterstützung finden würde, da beide Länder den Frieden wollten. Darauf ging ich zu Herrn Dr. Zimmermann, der Herrn v. Jagow vertrat, und erfuhr von ihm, daß Rußland im Begriff sei, 900.000 Mann neuer Truppen aufzustellen. Aus seinen Worten ging eine unverkennbare Mißstimmung gegen Rußland hervor, das uns überall im Wege sei. Es handelte sich auch um handelspolitische Schwierigkeiten. Daß General von Moltke zum Krieg drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr v. Tschirsky einen Beweis erhalten, weil er berichtet, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten.

Auf meiner Abreise aus Schlesien auf dem Wege nach London hielt ich mich nur wenige Stunden in Berlin auf und hörte, daß Oesterreich heftigste, gegen Serbien vorzugehen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Seither unterschätzte ich in dem Augenblick die Tragweite der Nachricht. Ich glaubte, es würde doch wieder nichts daraus wer-

den und, falls Rußland drohte, leicht beizulegen sein. Heute bezauere ich, nicht in Berlin geblieben zu sein und logisch erklärt zu haben, daß ich eine derartige Politik nicht mitmache.

Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anfrage die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fand, und zwar mit dem Zusatz, es werde auch nichts schaden, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte. So heißt es wenigstens im österreichischen Protokoll, das Graf Mensdorff in London erhielt. Bald darauf war Herr v. Jagow in Wien, um mit Graf Berchtold alles zu besprechen.

Dann bekam ich die Weisung, darauf hinzuwirken, daß die englische Presse eine freundliche Haltung einnehme, wenn Oesterreich der großserbischen Bewegung den „Todesstoß“ verleihe, und durch meinen Einfluß möglichst zu verhindern, daß die öffentliche Meinung gegen Oesterreich Stellung nähme. Die Erinnerung an die Haltung Englands während der Annexionskrise, wo die öffentliche Meinung für die serbischen Rechte auf Bosnien Sympathie zeigte, sowie auch an die wohlwollende Förderung nationaler Bewegungen zur Zeit Lord Lyons und Gortschakows, dieses und anderes sprach so sehr gegen die Wahrscheinlichkeit einer Unterstützung der geplanten Strafexpedition gegen die Fürstentümer, daß ich mich veranlaßt sah, dringend zu warnen. Ich warnte aber auch vor dem ganzen Projekt, das ich als abenteuerlich und gefährlich bezeichnete und rief, den Oesterreichern Mäßigung anzurufen, da ich nicht an Eskalation des Konfliktes glaubte.

Herr v. Jagow antwortete mir, Rußland sei nicht bereit, etwas Gekostet würde es wohl geben, aber je später wir zu Oesterreich ständen, um so mehr würde Rußland zurückweichen. Oesterreich behauptete uns schon so der Jämscher und so dürften wir nicht fliehen. Die Stimmung in Rußland würde andererseits immer deutschfeindlicher, und da müßten wir es eben riskieren.

Angesichts dieser Haltung, die, wie ich später erfuhr, auf Veranlassung des Grafen Botschowsky fuhrte, daß Rußland unter keinen Umständen nicht rühren werde, und die uns veranlaßten, den Grafen Berchtold zu möglicher Energie aufzufordern, erhoffte ich die Rettung von einer englischen Vermittlung, da ich wußte, daß Sir Ed. Greys Einfluß in Petersburg im Sinne des Friedens zu verwerten war. Ich benutzte daher meine freundschaftlichen Beziehungen zum Minister, um ihn vertraulich zu bitten, in Rußland zur Mäßigung zu rufen, falls Oesterreich, wie es schien, von den Serben Genugthuung verlange.

Zunächst war die Haltung der englischen Presse ruhig und den Oesterreichern freundlich, da man den Nord verurteilte. Allmählich aber wurden immer mehr Stimmen laut, welche betonten, daß, so sehr eine Abwendung des Verbrechens nötig sei, eine Ausbeutung desselben zu politischen Zwecken nicht zu rechtfertigen wäre. Oesterreich wurde eindringlich zur Mäßigung aufgefordert.

Als das Ultimatum erschien, waren alle Öreane, mit Ausnahme des Reichs und von den Oesterreichern anscheinend bezahlten „Standard“ einzig in der Verurteilung. Die ganze Welt, außer in Berlin und Wien, begrüßte, daß es den Krieg, und zwar den Weltkrieg bedeutete. Die kritische Flut, welche zufällig zu einer Flottenparade veranlaßt war, wurde nicht bemerkt.

Ich drängte zunächst auf eine möglichst entgegengesetzte Antwort Serbiens, da die Haltung der russischen Regierung keinen Zweifel mehr an dem Ernst der Lage ließ.

Die serbische Antwort entsprach den britischen Bemühungen, denn tatsächlich hatte Herr Palasch sich alles angenommen, bis auf zwei Punkte, über die er sich bereit erklärte zu unterhandeln. Wollten Rußland und England den Krieg, um uns zu überfallen, so genügte ein Wink nach Belgrad, und die unerhörte Note blieb unbeantwortet.

Sir Ed. Grey ging die serbische Note mit mir durch und wies auf die entgegengesetzte Haltung der Regierung in London. Wir berieten dann einen Vermittlungsversuch, der eine beiden Seiten annehmbare Auslegung dieser beiden Punkte vereinbaren sollte. Unter diesem Vorbehalt wären Herr Cambon, Marquis Imperatori und ich zusammengetreten, und es wäre leicht gewesen, eine annehmbare Form für die strittigen Punkte zu finden, die im wesentlichen die Mitwirkung der f. u. l. Beamten bei den Untersuchungen in Belgrad betrafen. In einer der zwei Sitzungen war alles bei gutem Willen zu erledigen, und schon die kleine Ausnahme des britischen Vorschlages hätte eine Entzweiung hervorgerufen und unsere Beziehungen zu England weiter verbessert. Ich bestrittete ihn dringend, da sonst der Weltkrieg bevorstehe, bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hätten. Umsonst! Es ließ gegen die Würde Oesterreichs, auch wollten wir uns in die serbische Sache nicht mischen, wir überließen sie unserem Bundesgenossen. Ich solle auf „Lokalisierung des Konfliktes“ hinwirken.

Es hätte natürlich nur eines Winkes von Berlin bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich bei der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist aber nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum Kriege gedrängt. Es wäre ein so schöner Erfolg gewesen.

Nach unserer Ablehnung bat Sir Ed. Grey uns, mit einem Vorschlag hervorzutreten. Wir bestanden auf dem Kriege. Ich konnte keine andere Antwort erhalten, als daß es ein kolossales „Entgegenkommen“ Oesterreichs sei, keine Gebietsvergrößerung zu beabsichtigen.

Sir Edward wies mit Recht darauf hin, daß man auch ohne Gebietsvergrößerung ein Land zum Vorfallen entziehen kann, und daß Rußland hierin eine Demütigung erliden und es daher nicht dulden werde.

Der Eindruck befestigte sich immer mehr, daß wir den Krieg unter allen Umständen wollten. Anders war unsere Haltung in einer Frage, die uns doch direkt gar nichts anging, nicht zu verstehen. Die inoffiziellen Bitten und bestimmten Erklärungen des Herrn Salomon, später die geradezu demütigenden Telegramme des Grafen, die wiederholten Vorwürfe Sir Edwards, die Warnungen des Marquis San Giuliano und des Herrn Botschowsky, meine dringenden Ratsschläge, alles nützt nichts, in Berlin blieb man dabei, Serbien nach Maßstabs zu werden.

Je mehr ich drängte, um so weniger wollte man einlenken, je mehr ich nicht den Erfolg haben sollte, mit Sir Edward Grey den Frieden zu retten.

Ich entschloß mich letzterer am 29. zu der bekannten Warnung. Ich sagte, daß ich stets berichtet hätte, wir würden mit der englischen Gegenpartei rechnen müssen, falls es zum Kriege mit Frankreich käme. Wiederholt sagte mir der Minister: „It war breaks out, it will be the greatest catastrophe the world has ever seen“ (wenn ein Krieg ausbricht, gibt es die größte Katastrophe, die die Welt je erlebt hat).

Die Ereignisse überführten sich bald darauf. Als endlich Graf Berchtold, der bis dahin auf Berliner Weisungen den starken Mann spielte, sich zum Einlenken entschloß, beantworteten wir die russische Mobilmachung, nachdem Rußland eine ganze Woche vorübergehend unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung.

### Englische Kriegserklärung.

Noch immer kann Sir Ed. Grey nach neuen Auswegen. Am 1. August vormittags kam Sir W. Tyrrell zu mir, um zu sagen, sein Chef heiße nach immer, einen Ausweg zu finden. Ob wir neutral bleiben, falls Frankreich es auch täte. Ich versah, daß wir dann bereit sein sollten, Frankreich zu schonen, er habe aber gemeint, daß wir überhaupt, also auch gegen Rußland, neutral bleiben. Das war das bekannte Mißverständnis. Sir Ed. Grey hatte mich für den Nachmittag beauftragt. Da er sich gerade in einem Radnüttchen befand, rief er mich an das Telefon, nachdem Sir W. Tyrrell gleich zu ihm geeilt war. Nachmittags aber sprach er mir mehr von der heiligen Neutralität und von der Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns bewähren gegenüber ständen, ohne uns anzugreifen.

Es war also überhaupt kein Vorschlag, sondern eine Frage ohne Verbindlichkeit, da, wie ich früher schon gemeldet, daß darauf unsere Besprechung stattfinden sollte. Die Nachricht wurde aber in Berlin, ohne erst die Unterredung abzuwarten, zur Grundlage einer vorübergehenden Aktion gemacht. Dann kam der Brief des Herrn Poincaré, der Brief Bonar Lawes, das Telegramm des Königs Albert. Die Schwankenden wurden im Kabinett bis auf drei Mitglieder, die austraten, umgestimmt.

Ich hatte bis zum letzten Augenblick auf eine abwartende Haltung Englands gehofft. Auch mein französischer Kollege fühlte sich keineswegs sicher, wie ich aus privater Quelle erfuhr. Nach am 1. August hatte der König dem Präsidenten ausweichend geantwortet. In dem Telegramm aus Berlin, das die drohende Kriegsgefahr ankündigte, war aber England schon als Gegner mitgenannt. Man rechnete also in Berlin bereits mit dem Kriege gegen England.

Vor meiner Abreise empfing mich am 5. Sir Ed. Grey in seiner Wohnung. Auf seinen Wunsch war ich hingegangen. Er war tief bewegt. Er sagte mir, er werde stets bereit sein, zu vermitteln. „We don't want a cruel Germany“ (wir wollen Deutschland nicht verheerern). Diese vertrauliche Unterredung ist leider veröffentlicht worden. Damit hat Herr v. Bethmann-Hollweg die letzte Möglichkeit zerstört, über England den Frieden zu erlangen.

Unsere Abreise vollzog sich durchaus würdig und ruhig. Vorher hatte der König seinen Camerly (Stallmeister) Sir E. Pennington zu mir geschickt, um sein Bedauern über meine Abreise auszusprechen, und daß er mich nicht selbst sehen konnte. Prinzess Louise schrieb mir, die ganze Familie betrauerte unseren

## Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

### 54. Fortsetzung.

„Schlechte Arbeit“, sagte der Weber, „habe ich noch nie gemacht.“

„Sagen Sie da“, jüstete der Herr Braun, „da ist ein Delflecken, um Gottes Willen, ein Delflecken!“

„Wahrhaftig, ein Delflecken!“ bekräftigte der Prinzipal; „da müssen wir bedeutende Abzüge machen.“

„Abzüge, Herr Pfeffer?“ fragte ernt der Weber, „das kann Ihr Ernst nicht sein; haben Sie mir je einen Fehler nachweisen können? Ich habe den Flecken auch gesehen, aber er läßt sich ja ganz gut herausbringen; o, dieser Flecken, Herr Pfeffer, ist vorgerstern nacht in das Stück gekommen, das war für mich eine schreckliche Nacht! Die Frau im Bett, ich denke, sie stirbt jeden Augenblick, und ich mußte beständig vom Wehstuhl zu ihr hinlaufen, die Arbeit stehenlassen und der kranken Frau bald zu trinken geben, bald sie zurechtlegen.“

Diese Unterbrechungen sieht man wohl an der Arbeit,“ bemerkte lalt der Prinzipal.

„Ach“, fuhr der Weber ruhig fort, „auch mein kleines Kind ist krank, es konnte nicht schlafen und war die Lampe vom Wehstuhl um, daher kommt der Flecken, wofür Sie wohl diesmal Nachsicht haben können, ich brauche mein Geld so notwendig.“

„Aut mir leid“, sagte der Prinzipal und ging an sein Buch zurück; „notieren Sie die notwendigen Abzüge, Herr Braun. Der Meister Haase bekommt acht Taler sechs Groschen, davon — was macht der Abzug? — also davon zwei Taler sechs Groschen für schlechte Arbeit, bleibt sechs Taler. Zwei Drittel hiervon werden dem Weber auf Warenkonto gutgeschrieben, bekommt Er bares Geld zwei Taler.“

Bei dieser Abrechnung zuckte ein wilder Schmerz über das Gesicht des Webers und sein sonst gutmütiges Gesicht wurde ernst, ja drohend. „Herr Pfeffer“, sagte er, „Sie wollen also meine Darmherzigkeit mit mir haben, und wollen mir, der Ihnen schon seit langer Zeit untadelhafte Ware geliefert, einen Abzug wegen eines Fehlers machen, der, ich sage es offen, unbedeutend ist, und den zu verüben nicht in meiner Macht lag! Man ent, ziehen Sie mir zwei Taler sechs Groschen ab, ich will nicht vor das Fabrikgericht gehen, aber zahlen Sie mir sechs Taler bares Geld, ich kann keine Ihrer Waren gebrauchen.“ — hier feignete er Mann — „denn die Waren, welche ich um dieses Geld für meine Kunden kaufen muß, haben Sie ja doch nicht.“

Der Prinzipal hob seine Brille auf und sprach lalt: „Was ausgemacht ist, bleibt ausgemacht, zwei Drittel Waren, ein Drit-

tel bares Geld; hier sind zwei Taler, ein so fleißiger Mann, wie Sie, wird den kleinen Verlust bald wieder eingebracht haben. Herr Braun, notieren Sie für den Meister Haase die Restante dort, und Sie, Herr Bleck, geben Sie weißen Einlösang dazu, Nummer 4.“

Der Weber kämpfte während dieser Zeit mit sich selbst, doch trat er nach einer Pause ruhig vor den Prinzipal hin und sagte: „Vermischen Sie sich nicht mit der Restante, Herr Pfeffer, schließen Sie mein Konto und zahlen Sie mir meine sechs Taler, ich arbeite nicht mehr für Sie.“

Erstarrt blickte der Prinzipal auf und Herr Braun wollte einige begünstigende Worte sagen.

„Sparen Sie Ihre Rede“, versetzte der Meister Haase, „so behandelt man keinen Menschen, es wird schon noch die Zeit kommen, wo überhaupt kein ordentlicher Weber mehr in Ihre Wiegkammer kommt.“

Der Prinzipal tämpfte einen Augenblick mit sich selber, ob er seinen besten Arbeiter wegen dieser Kleinigkeit sollte ziehen lassen, doch jüstete es in diesem Augenblick aus dem Sprachrohr an sein Ohr und Fräulein Pfeffer sprach die Worte: „Laß den Kerl laufen, er bekommt so viel mehr bezahlt als die anderen, und hat an meinen Waren immer etwas auszufehen, hat neulich sogar gesagt, ich habe zu leicht gewogen und mein Taler sei naß, der Schlingel.“ Dies entsetzte. Von seinen sechs Taler mußte der Weber die Hälfte stehen lassen, bis er die hölzernen Spulen, die dem Fabrikherrn gehörten und die vielleicht einen Wert von zehn Silbergroßen hatten, abschlefen würde, alsdann verließ er mit einem unterdrückten Fluch das Zimmer.

Solche Szenen folgten eine der anderen. Herr Braun ipürte an den Seidenzeugen umher und seinem Blick entging nicht das geringste. Die Junge der Wage mußte mit einer Schärfe einspielen, die unglaublich war, Abzüge wegen fehlender Seide oder wegen kleiner und großer Fehler wurden ungähliche gemacht, und je größer die Riste derselben wurde, je eifriger rief sich der Prinzipal die Hände. In dem Sprachrohr jüstete es hin und her und auch Fräulein Pfeffer machte glänzende Geschäfte. Dieselbe, über die Blätterhänger längst hinaus, war leud und bager, äußerlich ein vollkommenes Gegenpaar ihres Bruders, im Inneren aber harmonisierte das Geschwisterpaar aufs vollkommenste. Hatte man auf der Wiegkammer dem armen Weber abgezogen, was nur möglich war, so schraubte ihn Fräulein Pfeffer aufs allererschöpfte, indem sie ihm für das Guthaben auf das Warenkonto schlechten Zucker und noch schlechteren Kaffee gab, oder den armen Leuten Sachen ausdrängte, die sie oftmals gar nicht gebrauchen konnten.

In der Wiegkammer klapperten die Spulen, kurrte die Wage, kuckte der Herr Braun, rührte der Herr Bleck mehr als not-

wendig schien und dazwischen annoncierte der Prinzipal seinen Schwester die unglücklichen Schlachtopfer, die aus dem Regen in die Traufe kamen.

„Die Frau Müller“, schalt es in den Laden herüber, „hat gut drei Taler“ und so angekündigt, erschien die Weberfrau vor dem Fräulein Pfeffer. „Nehme Sie sich einen Stuhl“, sagte dieselbe herablassend und tritzte in ihr Buch. „Sie hat zwei Taler gutgeschrieben, was wünscht Sie, liebe Frau?“

Die Frau Müller zieht ein Papier heraus und legt es auf dem Tisch; da und verzeichnet: Kaffee und Zucker, Salz und Pfeffer, Baumöl und Brenndöl, vollener Stoff zu einem Unterrock, wollenes Garn zu Strümpfen für den Mann und baumwollenes Zeug für Hemden für die Kinder. Das Ganze macht einen Taler und vierundzwanzig Silbergroßen.

„Was legen wir hinzu für die sechs Silbergroßen, die noch fehlen?“ fragt Fräulein Pfeffer; „Sie ist ja gerne Stodfisch, ein sehr gehandtes Essen, und weiß Sie was, tue Sie Ihrem Manne etwas zugut und nehme Sie ein Pfund Tabak zu zwei Silbergroßen!“

„Aber mein Mann raucht ja gar nicht“, sagt die Frau; „den Stodfisch würde ich schon nehmen.“

Stodfisch macht zwei Silbergroßen,“ entgegnet die Schwester des Prinzipals, dazu legen wir zwei Ellen Band, um ihre Sonntagsgaube anzupacken, macht fünf Silbergroßen, und,“ setzte sie mit einem Lächeln hinzu, das gutmütig aussehen soll, „wenn man so weit gegangen ist, kann man schon ein Schnapschen trinken und eine Brezel essen, macht zusammen sechs Silbergroßen.“ Ein Taler vierundzwanzig und sechs macht zwei Taler.“ Wie der Blick und die zwei Ellen veranschaulichte, für die Frau ganz unbrauchbares Band abgezeichnet, der Kimmel, der sich in einer Bläse befindet, die so voll mit Fliegen ist, als habe man einen Fliegensticker zubereiten wollen, ist eingestrichelt, eine harte Brezel daneben gelegt und die arme Frau muß es hinnehmen. Der Schnaps verdirbt ihr den Magen und, zu Hause angekommen, harrt ihrer eine unglückliche Familienkause, denn der Meister Müller kann bei seiner jühenden Lebensweise seinen Stodfisch vertragen und trakt mit nassem Recht, als er die zwei Ellen Band bemerkt, die höchst unnötig sind und drei Silbergroßen gekostet haben.

„Aber oft schon hier in der Welt Vergehung für Gutes und Böses den betreffenden Taler auf dem Fuße folgt, werden wir zu unserer besondern Genugthuung auf der Wiegkammer des Herrn Pfeffer zu sehen Gelegenheit haben. Herr Bleck hilft dem Herrn Braun einige Worte zu und dieser meldet dem Prinzipal, der Fräulein Brand hat draußen. „Was will der Kerl?“ fragt der Prinzipal, „ich habe nichts mit ihm zu schaffen.“

Fortsetzung folgt.



Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
 Ver: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
 Sämtlich in Lübeck